

Von Christian Siebje. Alle Rechte vorbehalten.

Aus dem Ortschaftsratsrat 15. Januar 2014

Der Ortschaftsratsrat traf sich zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr am 15. Januar. Den Vorsitz hatte Ortsvorsteherin Alexandra Ries.

+++ Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans für Gewerbeflächen wurde in der vom Stadtplanungsamt vorgelegten Version von allen Fraktionen abgelehnt. Laut Plan gibt es in Karlsruhe aktuell 146 ha Gewerbeflächen, denen ein Bedarf von 137 ha gegenübersteht. Benötigt werden aber vor allem Büroflächen und Flächen mit urbaner Anbindung, weshalb rund 80 ha Gewerbeflächen neben dem Grundstück der Miro von den Gewerbetreibenden als nicht attraktiv angesehen werden. Um deren Bedarf trotzdem gerecht zu werden, soll nun die Gewerbenutzung des Grundstückes an der Miro auf andere Freiflächen übertragen werden. In Durlach betrifft dies unter anderem das Gebiet nördlich des geplanten Sport- und Freizeitparks in der Unteren Hub. Der OR lehnt die Umwandlung in eine Gewerbefläche aus mehreren Gründen ab, vorrangig deshalb, weil die Untere Hub ein wichtiges Naherholungsgebiet ist. Außerdem lasse der Regionalplan für Durlach eine gewerbliche Nutzung dieses Geländes nicht zu. Das Stadtplanungsamt wurde aufgefordert, die Ergebnisse des Prüfverfahrens neu zu bewerten.

+++ Die Entwicklung eines städtebaulichen Rahmenplanes für die Karlsruher Höhenstadtteile stand als nächstes auf der Tagesordnung. Dieser Plan soll „die Möglichkeiten einer politischen Weiterverfolgung von langfristigen Zielsetzungen für die Höhenstadtteile“ gewährleisten und wurde in einem dialogischen Prozess mit den zuständigen Ortschaftsräten, der Verwaltung und den Bürgern vorbereitet. Zielsetzung war dabei, „stadtteilübergreifende Projekte mit Bedeutung für alle Höhenstadtteile“ unter Berücksichtigung der individuellen Anforderungen der einzelnen Stadtteile als Grundlage für die Planungen vorzugeben. Übergreifende Ziele sind beispielsweise die gemeinschaftliche Mobilität und die Nahversorgung, ortsspezifische Schwerpunkte reichen von der Rückeroberung des Bergwaldes als „zentraler, frequentierter Raum“ bis hin zur Sanierung und Gestaltung des öffentlichen Raumes in Grünwettersbach. Der OR begrüßte das dialogische Planungsverfahren und empfiehlt, „die sich daraus ergebenden Projekte weiterzuverfolgen“.

+++ Ein Antrag der FDP befasst sich mit Verlängerung der Badischen Weinstraße, die ab Mai 2014 auch durch Durlach führen soll. Bisher ist aber weder die genaue Streckenführung noch der Umfang von Aktivitäten zur Ankurbelung des Tourismus bekannt. Das liege daran, dass bei diesem Projekt die Schwarzwald-Touristik GmbH federführend ist, wie Klaus Hoffmann, von der KMK erläuterte. Um eine Vermarktung im größeren Umfang zu rechtfertigen, müssten die Erzeuger zunächst mal ein vermarktbare Produkt präsentieren. Da sei das Staatliche Weingut in Durlach gefragt. Erst wenn das gewährleistet sei, könne die Schwarzwald-Touristik werbliche Maßnahmen ergreifen.

+++ Das Parken auf Gehwegen ist nicht nur in Durlach ein Problem. Bislang gilt in Karlsruhe stadtteilübergreifend eine Kulanzlösung, dass PKW, die eine Gasse von 1,20 Meter auf dem Gehsteig freilassen, nicht verwarnt werden. Dieses Vorgehen ist jedoch nicht durch die StVO gedeckt, außerdem

kommt es besonders in Stadtteilen wie Durlach, deren Infrastruktur in weiten Teilen nicht für moderne PKW ausgelegt ist, immer wieder zu massiven Behinderungen für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen. Um bei den Autofahrern ein Bewusstsein für diese Problematik zu schaffen, möchte die Verwaltung in Kooperation mit Behindertenverbänden in besonders betroffenen Straßen und Gassen Infobroschüren an die Gehwegparker verteilen. Diese Maßnahme wurde bereits in Freudenstadt mit starker öffentlicher Wirkung initiiert. Ein konkretes Konzept, wie mittelfristig das Parken auf Gehwegen unterbunden werden soll, wird ein Planungsausschuss in Kürze vorstellen.

+++ Die Straßenprostitution in in Bereich der Fiducia- und Wachhausstraße steht im Blickpunkt einer Anfrage der CDU. Die Anwohner dort seien besorgt und fürchteten um das Wohl ihrer Kinder. Das Ordnungsamt erklärte in einer Stellungnahme jedoch, dass die Prostitution in dem Bereich legal sei, da sie nicht in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten praktiziert werde. Ein großes Ärgernis seien aber die Hinterlassenschaften der nächtlichen Aktivitäten, wie eine Anwohnerin während der Bürgerfragestunde zu Beginn der Sitzung betonte. Die Verwaltung will nun prüfen, ob man die Zufahrt zum angrenzenden Kleingartengelände, welches die Prostituierten mit ihren Freiern aufsuchen, absperren könne. Des weiteren sollen Polizei und Ordnungsamt im Rahmen ihrer personellen Möglichkeit Kontrollen durchführen und wenn nötig Platzverweise aussprechen.